

werden bei allen schweizerischen Postämtern sowie beim Verlag und besten bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzbank) Mt. 3 — für Deutschland (Gousser) R. 1.70 für Oesterreich (Gousser) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzbank).

Inserate die dreizehnpennige Zeitzeile 25 Lit. — 20 Pfg.

1885.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Donnerstag, 21. Mai

N. 21.

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Bollschuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Postsendungen  
franko gegen franks  
Geldschuldige Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelposts.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besorgt wird und die dortigen Behörden alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu verhindern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die kaiserliche Post im Vorvertrieb notwendig und darf keine Rücksichtsmäßigkeit beruhen werden, die Briefmarken über den wahren Empfänger und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schädigen. Hauptverbotener ist hierzueinerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverbotene Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In juristischsten Fällen empfiehlt sich beaufs. größerer Sicherheit Kommanditisation. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weiter Mithr nach Reformen suchen um trotz aller ungenügenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteilogenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Der Raubzug gegen das arbeitende Volk,

wir meinen die erste Session des im vorigen Oktober und November gewählten deutschen Reichstags, ist zu Ende. Die Session begann unter dem Zeichen der „Sozialreform“ und endete mit einer allgemeinen Plünderung der Armen durch die Reichen.

Der „Anwalt des armen Mannes“, wie der deutsche Reichskanzler mit der ihm eigenen pharisäischen Heuchelei und Selbstberäucherung sich selber genannt hat, bekam bei den letzten Reichstagswahlen nicht die von ihm so heiß und mit solcher Rücksichtslosigkeit erstrebte politische Majorität, und gab in Folge dessen zu Anfang der Session allerhand heftige „Frittionen“, die jedoch niemals zu einem ernsthaften Konflikt führten. Und bald stellte es sich heraus, daß der „Anwalt des armen Mannes“, wenn auch in rein politischen Fragen in der Minorität, auf wirtschaftlichem Gebiete eine Majorität für seine „reformatorischen“ Ideen hatte. Die schönen Seelen fanden einander bald, und mit Anbruch dieses Jahres wurde der Plan des großen Raubfeldzugs gegen das Volk verabredet.

Die „Freie Vereinigung“ trat zusammen, und man ging's planmäßig, Schlag auf Schlag. Die „Interessengruppen“ bildeten sich: große und kleine. Obenan die grundbesitzende, schnapobrennende Adelsippe, den rauhritterlichen „Anwalt des armen Mannes“ an der Spitze; und die übrigen „Gruppen“ hinterdrein — alle, trotz ihrer Verschiedenartigkeit und mannigfachen Antipathien, doch fest zusammengeschlossen durch die Gemeinsamkeit des einen Zieles: sich die Taschen möglichst zu füllen auf Kosten des arbeitenden Volkes.

Unter scheinheiliger Vorspiegelung der Sozialreform, Honig für den „armen Mann“ auf dem Zungenmund — so hatten sie die Session begonnen — die ganze Bande der „Anwälte des armen Mannes“, immer den edlen „Anwalt“ par excellence an der Spitze: Junker, Pfaffen, Geldsäcke — Keiner fehlte. Kornzölle, Holzölle, Zölle auf alle erdenklichen Gebrauchsgegenstände — Tag und Nacht sann die verbündeten „Anwälte des armen Mannes“ auf neue Raubsteuern, und Tag für Tag tauchten neue Raubsteuern auf. Es war ein wahres Kirchthurmwettrennen der Volksankplünderung.

So entwand der neue Zolltarif. Nur eine Möglichkeit gab es, das Netz zu zerreißen, mit welchem der große Fischzug gemacht werden sollte — eine mächtige, gewaltige Agitation: der Appell an das Volk! Die Sozialdemokratie war durch das Sozialistengesetz gescheitert. Der Versuch, Protestversammlungen gegen die Zöllner, Sünden und Räuber, speziell gegen die Prodvertheurer zu organisiren, scheiterte an dem veto der Polizei, welche die verbündeten Raubzügler unter ihren und des Sozialistengesetzes Schutz nahm.

Aber die Fortschrittspartei steht unter keinem Ausnahmegeetze, sie konnte eine Massenbewegung organisiren, da sie in dieser Frage der Unterstützung der Sozialdemokraten sicher war.

Die Unterstützung und Mitwirkung wurde — natürlich unter Bedingungen, welche die Sozialdemokratie nicht als im Schlepptau der Herren Fortschrittler hätten erscheinen lassen — zwar nicht von der Fraktion, aber von einzelnen sozialdemokratischen Abgeordneten ausdrücklich zugesichert, und es wurden von sozialdemokratischer Seite Vor schläge gemacht, deren Annahme und Durchführung aller Wahrscheinlichkeit nach die Politik der Volksausbeuter erfolgreich vereitelt hätte. Hervorragende Fortschrittler waren mit dem Plane einverstanden, ja dafür begeistert.

Es geschah jedoch nichts. Herr Eugen Richter erhob Einspruch, die Fortschrittspartei duckte sich und den Volksplünderern wurde das Terrain preisgegeben. Das Gelingen des Raubzuges ist der Konnivenz der Fortschrittspartei, insbesondere der Feigheit und dem Ehrgeiz des Herrn Eugen Richter zu verdanken, der vor jeder ernsthaften Volksbewegung, weil er an ihrem Ende eine „Revolution“ sieht, Angst hat und außerdem denkt, es könnten ihm bei seiner notorischen Unfähigkeit, packend zum Volke zu reden, gefährliche Nebenbuhler in den Reihen seiner Partei erwachsen.

Und was sollte aus ihm und der Welt werden, wenn es mit seiner Leithammelerei zu Ende wäre? Genug: die einzige Möglichkeit, den Raubzug der „Anwälte des armen Mannes“ zu verhindern, scheiterte wesentlich an Herrn Eugen Richter.

Wir halten es für nöthig, dies festzustellen, weil Hr. Eugen Richter mit der ihm eigenen Retourchaisen-Taktik den sozialdemokratischen Abgeordneten die Verklammerung an den Kopf geworfen hat, sie hätten in der Zolltarif-Frage ihre Schuldigkeit nicht voll gethan und ihm, dem großen Eugen, sammt seiner fortschrittlichen Heerde den Kampf für die Taschen des Volkes überlassen.

Der Vollständigkeit halber fügen wir hier hinzu, daß schon 1879 sich Ähnliches zutrug.

Das Sozialistengesetz war kurz vorher, in der „außerordentlichen“ Herbstsession während des „Attentatsfiebers“, angenommen worden — die einzige Partei, deren Agitation Bismarck fürchtete, war lahmgelegt, und die „Wirtschaftsreform“ — d. h. die Ausplünderung des Volkes durch die Bismarck nahestehenden Theile der besitzenden Klasse — konnte ungenirt losgehen.

Ungenirt? Aber die Fortschrittspartei war doch da! Sie war da, wie sie in diesem Frühjahr da war!

Ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei trat, als der erste Zolltarif aufstand, mit einem bekannten Mitgliede der Fortschrittspartei zusammen und forderte denselben unter Hinweis auf die englische Bewegung gegen die Kornzölle auf, dafür zu wirken, daß eine Volksbewegung gegen die Kornzölle und sonstigen Schutzzölle organisiert werde. Der fortschrittliche Abgeordnete meinte aber kopfschüttelnd: „Nein, das können wir nicht! Wir haben zu wenig Halt im Volk! Und wir verstehen uns nicht auf die Volksagitation!“

Und er hatte Recht.

In der Fortschrittspartei kam die Sache durch ihn zur Sprache; allein man wollte von einer solchen Agitation nichts wissen, — der Hauptopponent war auch schon damals Herr Eugen Richter! — und Bismarck konnte Besche schreien in die bisherige Freihandelspolitik.

Nun, der Raubzug von 1879 ist im Jahre 1885 wiederholt worden, wiederholt in vermehrter und verbesserter Ausgabe. Und 1885 wie 1879 hat die fortschrittliche Opposition unter Eugen Richter's Leithammel-Führung durch Unthätigkeit und feiges Gehelassen, wenn nicht aktive, doch passive Beihilfe geleistet.

Die deutschen Arbeiter wissen, was sie von den Räubern und deren Spießgesellen zu halten haben. Die frommen, arbeiterfreundlichen Phrasen täuschen Niemanden mehr; sie erhöhen bloß den Ekel und Jörn.

Nun ist es ja nicht, daß Räuber die Maske der Frömmigkeit vornehmen. Unsere frommen, von „praktischem Christenthum“ triefenden „Anwälte des armen Mannes“, die soeben ihren Raubzug gegen das Volk beendet haben — der letzte wird's nicht sein! — sie haben ihr würdiges Vorbild in jenen Schnapphähnen der Appenninen, die zur Messe gehen, ehe sie ihren Raubzug beginnen, und nach glücklich vollendeter „Arbeit“ ein Ave Maria beten!

### Zur Erläuterung des sozialistischen Programms.\*)

III.

Als das Großbürgertum sich noch kräftig fühlte, als es das Kleinbürgertum noch hinter sich wußte, bekämpfte es die stehenden Heere und forderte die Einführung der Volkswehr: Milizen, Nationalgarden, Bürgerwehr etc. Heute dagegen, wo die Bourgeoisie merkt, daß auch die Kleinbürger sich immer weniger von ihr hinter's Licht führen lassen, ist sie geschworene Gegnerin jeder freien Heeresverfassung. In Frankreich hat sie z. B. aus Gründen der „öffentlichen Sicherheit“ die Entlassung der Nationalgarden durchgesetzt, obwohl diese immer nur eine bürgerliche Miliz bildeten und auch nur bilden konnten, da das Soldatenspielen mehr freie Zeit erfordert, als der Arbeiter zur Verfügung hat.

Als Hüter ihrer durch Ausbeutung aller Art zusammengehaarten Güter bleiben der Kapitalistenklasse nur übrig: Polizei und Armee. Nun ist jedoch die Polizei, deren Todtschläger allenfalls genügen, eine friedliche Versammlung auseinander zu jagen, gegen wirkliche Kämpfer absolut wehrlos. Und wenn die Armee heute vielleicht noch eine Schutzwehr ist, so kann sie schon morgen eine Gefahr sein. Die Heranziehung der gesamten wehrfähigen Bevölkerung hat zur Folge, daß die Arbeiter im Gebrauch der Waffen und in Ausübung von Massenbewegungen emergerzt, d. h. geübt und disziplinierte Soldaten einer etwaigen Revolution werden.\*\*)

Nur eine Revolution wird die produktive Klasse in die Lage bringen, sich der politischen Gewalt zu bemächtigen und mittelst derselben die wirtschaftliche Enteignung der Handvoll kapitalistischer Ausbeuter und

\*) Nach dem Französischen.  
\*\*) Dieser Wirkung ist man sich übrigens in maßgebenden Kreisen sehr gut bewußt. Der Widerstand der deutschen Heeresleitung gegen die Herabsetzung der Dienstzeit, welche die allgemeine Wehrpflicht erst zur Wahrheit machen würde, ist nicht zum geringsten auf den Wunsch zurückzuführen, bei der Aushebung auch eine Auswahl treffen zu können. In großen Städten, in gewissen Industriebezirken, schläpft so mancher Stellungsplünderer durch, weil man so wenig „Rationneurs“ als möglich in der Armee haben möchte. Den Erfolg liefert die Landesvertheilung. Auf diesen Umstand, auf die Rekrutierung der Armee aus dem Bauernstande, gründet ja auch Herr Schäffe seine Hoffnung auf die „Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie“.

die Nationalisirung oder Sozialisirung (Bergesellschaftung) der Produktionsmittel vorzunehmen.\*\*)

Diese unvermeidliche Explosion wird aber weder durch Dynamitereien, noch durch heroische Thaten Einzelner, noch durch lokale Kaufereien mit der Polizei, noch durch partielle Putzheerbegeisterung. Ebenso wenig läßt sie sich aber durch wirtschaftliche oder politische Zwangsreformen, noch selbst durch solche Arbeiterreformen, welche bereits im Bourgeoisstaat zur Nothwendigkeit werden, beschwören oder aufhalten. Sie wird durch die internationalen politischen Komplikationen und die verhängnisvollen Folgen der industriellen Entwicklung Amerikas und Australiens mit Naturnothwendigkeit gezeitigt werden.

Wenn es aber nicht nur keinem einzelnen Menschen, sondern auch keiner Partei gegeben ist, eine Revolution wie die, welche das neunzehnte Jahrhundert in seinem Schooße birgt, zu beschleunigen oder zu beschwören, so kann eine Partei, welche die wirtschaftlich-soziale Umgestaltung auf ihre Fahne geschrieben hat, doch einen großen Einfluß auf ihren Verlauf ausüben.

Am 24. Februar 1848 und am 4. September 1870 ließen die Arbeiter, der Mission ihrer Klasse noch nicht bewußt, die Bourgeois der provisorischen Regierung und des sogenannten nationalen Vertreibungs sich auf den noch warmen Sigen des Königs, bzw. Kaisers einrichten, und als sie hinterher, müde, Zuschauer eines bloßen Personenwechsels zu sein, und enttäuscht zu den Waffen griffen, und die soeben erst noch mit einander raufenden Fraktionen der Kapitalistenklasse um sich zu scharen, und fühlten sich so sicher, die Arbeiterforderungen im Blut ertränken zu können, daß sie thätiglich den Anfang machten und die Explosion provozierten — die Einen durch die Schließung der Nationalwerkstätten, die Anderen durch den nächstlichen Ueberfall auf den Montmartre.

Weder 1848 noch 1870 war das Proletariat vorbereitet, die leitende Rolle in der Revolution zu übernehmen. Fähig zu siegen, war es unfähig, den Sieg zu benutzen, weil es weder Programm noch Organisation besaß. Selbst angenommen, daß es Herr von Paris geblieben wäre, hätte es weder in den, ihrer Autonomie (Selbstverwaltung) überlassenen Provinzen den nöthigen Rückhalt gefunden, noch wußte es, welche wirtschaftliche Umgestaltungen vorzunehmen waren. Sein Triumph wäre daher nur ein vorübergehender gewesen.

Die Schwierigkeit besteht in revolutionären Epochen nicht darin, das Räuber in die Hand zu bekommen, sondern darin, es in der Hand zu behalten.

Das Proletariat wird die politische Macht, einmal in deren Besitz gelangt, sich nur solange erhalten, als die industriellen Zentren feststehen und sich gegenseitig stützen, solange sich in diesen Industriezentren Leute finden, die da wissen, was zu thun ist — und es thun.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie besteht daher darin, die Arbeiter über ihre Klassenlage und über den einzigen Ausweg aus ihrem Elend zu gelangen: über das Expropriations- und Sozialisirungswerk, das sie früher oder später zu vollziehen haben werden, aufzuklären. Sie ist und kann nichts Anderes sein als der Lehrer und Exerziermeister des Proletariats, der alle Mittel der Lehr- und Exerzierkunst in Anwendung bringt: Propaganda in Wort und Schrift: Presse und Versammlungen, Bücher und Vorträge, Propaganda in Werken: Gewerkschaften, Wahlen u. s. w.

In der That, wenn die Arbeiterpartei sich an Wahlkämpfen betheiligte, so thut sie dies keineswegs aus Vorliebe für Rath's oder Deputirten-Sessel, sondern weil gerade die Wahlen die beste Gelegenheit zur Propaganda und Aufklärung geben, weil in der Wahlzeit die indifferentesten und unzugänglichsten Massen politische Diskussionen zugänglich sind; weil sie sie anderwärts in die Lage versetzt, den schlechten Willen oder die Inpotenz der Führer der Ausbeuterklasse zu konstatiren, da denselben die Kandidatenrolle verbietet, die Unfähigen zu spielen. Und die letztere Arbeit, den bösen Willen, bzw. die Ohnmacht der Gegner nachzuweisen, die herrschenden Klassen immer wieder zu zwingen, Farbe zu bekennen, ist zugleich die Hauptseite der Thätigkeit, welche die Vertreter der Arbeiterpartei in den Parlamenten zu entfalten haben.

### Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 20. Mai 1885.

— S. A. P. Parteikongress. In letzterer Zeit ist mehrfach in Parteikreisen die Frage besprochen worden, ob es nicht am Platze wäre, im Laufe dieses Jahres den Parteikongress zu berufen. Da von einigen Seiten auch direkte darauf bezügliche Anträge gestellt wurden, so hat die Fraktion in einer ihrer letzten Sitzungen die Angelegenheit auf die Tagesordnung gestellt. Das Resultat der sehr eingehend geführten Erörterungen war, daß ein Beschluß dahin gefaßt wurde, von der Berufung eines Kongresses für dieses Jahr abzusehen, wogegen die Abhaltung eines solchen für nächstes Jahr für selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Der Hauptgrund der Ablehnung war, daß der Zeitpunkt der nächsten Wahlen noch zu fern liegt, und ein in diesem Jahr zu berufender Kongress also denselben nicht die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zuwenden könnte. Für das nächste Jahr fällt dieser Umstand weg, da die Wahlen im Jahr 1887 stattzufinden haben.

— s. Der Millionär-Büchler hat in der Reichstags-Sitzung des 9. Mai die sozialreformatorische Maske, die er in letzter Zeit wieder vorzunehmen für gut befunden, entgültig abgeworfen. Es handelte sich um die jämmerlich kleine Dosis hamdopatthischer „Sozialreform“, welche die Arbeiterschutzgesetz-Kommission des Reichstags in 19 Sitzungen zurecht

\*\*\*) Niemand wird natürlich so thöricht sein, zu glauben, daß hierunter zu verstehen ist, man werde „Tag's nach der siegreichen Revolution“ dem Landmann sein Stückchen Land, dem Graveur seinen Stichel, dem Tischler Hobel und Meißel fortnehmen. Das wäre einfach lächerlich. Was vielmehr eine revolutionäre Volksherrschaft, die ihrer Aufgabe sich bewußt ist, thun muß, ist, diese Leute aus den Klauen der Ausbeuter und Händler zu befreien, und es ihnen freizustellen, solange sich ihrem so mühseligen und so wenig lohnenden Berufe zu widmen, bis sie von der Ueberlegenheit der Kollektivproduktion über die individuelle Produktion überzeugt sind. Nur die Produktionsmittel kollektiver Natur (Großgrundbesitz, Bergwerke, Fabriken etc.) würden zunächst zu expropriiren sein.

gebraut hatte, und die in dem Wunsch, die Sonntagsarbeit abzuschaffen, gipfelte. Von konservativer, Liberaler und sozialdemokratischer Seite (es sprachen für uns die Genossen Hübiger und Stolle) wurde — natürlich von verschiedenen Gesichtspunkten aus — die Abschaffung der Sonntagsarbeit befürwortet. Wohl! Der „Deputus“ des 19. Jahrhunderts“ schlug rückhaltlos alle Sozialreformen, alles „praktische Christentum“ in den Wind und pflanzte, zum ungeheuren Schandtum des Herrn Eugen Richter, der ihm auch mit seinen Mitfreischützern kräftige Bravos zurief, die Fahne des ausgesprochenen Rassenstochers auf. Die Industrie könne den Ausfall der Sonntagsarbeit nicht vertragen; wer sollte die Arbeiter für den Ausfall eines Tagelohns entschädigen? Das gute Herz habe da nicht mitzusprechen — und er, der Herr Reichsfanzler, der das Gesamtwohl und nicht die Sonderinteressen einer einzelnen Klasse, nämlich der Arbeiterklasse, zu wahren habe, könne unmöglich in eine solche philanthropische Donquixoterie willigen.

Kurz, wenn Herr Eugen Richter über Nacht Reichsfanzler geworden wäre, hätte er nicht anders reden können.

Und damit dürfen wir die „Sozialreform“ als begraben ansehen. Die Arbeiter haben auf den Köder nicht angebissen, und da ist der Köder natürlich wertlos.

— Schneller als es sich der begehrteste Norddeutscher geträumt, soll auch Deutschland seinen kleinen Kolonialkrieg haben, und zwar mit Kanjibar. Ein Mitglied der famosen deutsch-afrikanischen Gesellschaft (eine Gräberlei, fast hätten wir gesagt reiner — bösester Sorte) fordert in der Berliner „Täglichen Rundschau“ ziemlich unerbittlich militärische Reichsaktionen gegen den Sultan von Kanjibar, der die mit den Hauptlingen abgeschlossenen Kaufverträge der Gesellschaft nicht als rechtsgültig anerkennen will.

Wer da weiß, wie solche Kaufverträge zu Stande kommen, wie die Hauptlinge für wertlosen Land ganze Länder „verkaufen“, die ihnen gar nicht gehören, der wird dem Sultan in diesem Punkte gar nicht so Unrecht geben. Hören wir aber den biederen Gründer:

„Der Sultan von Kanjibar hat in der That gegen die Erwerbungen unserer Gesellschaft protestiert, noch mehr, er hat in völliger Unwissenheit über die rechtsgültig abgeschlossenen Verträge der Gesellschaft etwa 300 Soldaten unter dem Befehle seines Generals Matheus in die deutsche Kolonie einzurücken lassen und u. A. den uns gehörigen Ort Mondowa, in dessen Nähe sich Graf Pfeil befindet, besetzen lassen. Ob der Sultan diesen Schritt auf Anraten irgend eines europäischen Bevollmächtigten in Kanjibar unternommen hat, muß dahingestellt bleiben. Was der Sultan gethan hat, ist ein gewaltthätiger Eingriff in fremde Rechte. Denn die Rechte der deutsch-afrikanischen Gesellschaft sind in jeder Beziehung unbestreitbar. Sie sind erlangt durch rechtsgültige Verträge mit Hauptlingen, deren Souveränität vom Sultan bisher (!) nicht angezweifelt war. Im Gegentheil hat der Sultan dadurch, daß er von den uns dem Innern kommenden Waaren an der Küste Zölle erhob, völkerrechtlich anerkannt, daß jenes Gebiet demjenigen gegenüber Ausland sei. Und das sagt ein reichstreuender Deutscher in der Acta der Schutzpolizei (!) Ueberdies hat ein im Innern lebender Agent des Sultans dem Herrn Dr. Karl Peters gegenüber schriftlich bestätigt, daß sein Herr, der Sultan, auf jene Landestheile keinen Anspruch irgend welcher Art erhebe, wie denn auch tatsächlich den Hauptlingen des Binnenlandes der Sultan von Kanjibar meist nicht einmal dem Namen nach bekannt war. Auf Grund dieser Thatsachen hat der Kaiser seiner Zeit für die Erwerbungen der deutsch-afrikanischen Gesellschaft den Schutzbrief ausgestellt, und hieraus ergeben sich gegenüber der Rechtsverletzung des Sultans namentlich von selbst die wünschenswerten Regeln, über welche nähere Mittheilungen zu machen einwilligen (!) nicht zweckmäßig erscheint. Die Situation des Sultans kann bei einem Konflikt mit dem Deutschen Reich auf seiner räumlich von der See her leicht zugänglichen Insel keine besonders günstige sein.“

Mit andern Worten, wir können uns auf die Intervention des Deutschen Reiches gefaßt machen. Das Weitere deutet die Berliner „Volkzeitung“ mit „Abendung eines Geschwaders nach Kanjibar, Bombardement und so weiter!“ treffend an. Wozu marschirt auch Deutschland „an der Spitze der Zivilisation“, wenn es nicht den Wüden zeigen soll, was eine Krupp'sche Kanone ist?

— Gegen die moderne Kolonialpolitik nehmen die Sozialisten aller Länder die gleiche, absolut ablehnende Haltung ein. Wie die englischen Sozialisten für die Sudanese Partei ergriffen haben, die französischen Sozialisten die Tonkin Expedition in scharfster Weise bekämpften, die deutschen Sozialisten jede Unterstützung des Kolonialschwunds ablehnten, so haben auch die italienischen Sozialisten die Gelegenheit nicht verkannt, gegen die von der italienischen Regierung eingeleitete Kolonialpolitik Protest einzulegen. In der Debatte über die für die Ahab Expedition geforderten Kredite kritisierte der sozialistische Abgeordnete Costa in ausführlicher Rede — die große Bewegung hervorrief — das moderne Kolonialsystem und sagte u. A.:

„Das arbeitende Italien will keine Kolonialpolitik. Dieses Italien büßt nach Gerechtigkeit, nach Freiheit, nach geistiger Kultur. Es will, daß die öffentlichen Mittel, statt im afrikanischen Sand zwecklos ausgegossen zu werden, dazu verwendet werden, das große Elend dahier zu lindern, denjenigen Nahrung zu gewähren, welche in Italien Hungers sterben.“

Zum Schluß brachte Costa eine Resolution ein, welche die Zurückberufung der bereits entsandten Truppen fordert. Für diese Tagesordnung stimmten außer Costa nur der Sozialist Castellano und der National Arbeiterdeputierte Raffi. Costa's Parteigenosse Rusini schloß in der betreffenden Sitzung, sonst hätte er natürlich mit ihm gestimmt.

Die Radikalen (Linke und äußerste Linke) laurten. Im Prinzip erklärten sie sich mit dem Standpunkt der Sozialisten einverstanden, da aber die nationale Flagge engagiert sei, so ... Fortsetzung wie bei ihren Gesinnungsgenossen in England, Frankreich, Deutschland. Auch die deutsch-freimüthigen Gatos haben die Dampfschiffe für Kamerun bewilligt und werden noch mehr für die gleichen Zwecke bewilligen, denn nichts ist leichter als die „nationale Ehre“ zu engagieren. Siehe die famose Lügenpostkarte aus dem Anno 1870.

— Neuchinesische Barbarei. (Ein Beitrag zur Soldatenschänderei im Reich der Mitte — Eurapa!) Die Chinesen sind, wenn man den Berichten der Schmarotzenden Glauben schenken darf, Meister in der Kunst des Marterns. Mit einem erkaunten Raffinement wissen sie immer neue Mittel auszufinden, wie man Menschen bis zum Wahnsinn peinigen kann. Sieht man nun, wie auf so vielen Gebieten des sozialen und politischen Lebens chinesische Einrichtungen und chinesische Gebräuche in Deutschland immer mehr als Muster Geltung erhalten, so darf man sich nicht wundern, wenn auch auf dem Gebiete der Menschendressur China das Ideal jedes gestimmungs-tätigen Deutschen wird. Humanität auf den Lippen, Grausamkeit — wir sagen nicht bestialische, weil das Thier das Raffinement nicht kennt — jüdisch-historische, wissenschaftliche Grausamkeit im Herzen!

Aus dem „dunklen Erdteil Preußens“, Regierungsbezirk Rerseeburg, schreibt uns ein Genosse:

„Ich bin ein Preuße, Ihr kennt ja meine — Minister, Staats- und Militärherrlichkeiten, unseren hohen Kulturstandpunkt und unser allzeit bereit, königstreues, Bismarckspende-bereites „Volk in Waffen!“

Als einen Beitrag zur Befestigung aller dieser schönen Dinge sende ich Ihnen hiermit ein überaus instruktives Dokument, ein Beweisstück für die unfehlbare Methode, ein „unbeständiges“ Heer zu dressiren. Bitte, betrachten Sie das Ding genauer. Es ist ein Bogen Papier, eng beschrieben mit nichts als unglücklichen Wiederholungen des Satzes:

„Ich soll nicht in den Tag hinein schießen, sondern auf den Schuß abzielen!“

Unmäßige Wiederholungen! Nicht doch! Sie finden vielmehr jede Wiederholung des Satzes sehr sorgfältig nummerirt, und zwar fängt der Bogen mit 667 an und endet mit 1000. Unterschriften ist das sonderbare Schriftstück mit „Führer B.“

Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, zu erkennen, daß es sich hier um eine Strafarbeit eines Jünglings der Moltke'schen Bildung-Anstalt handelt. Aber was für eine Strafarbeit!

Jeder Unglückliche, der nicht ein geborner „Zell“ ist, nicht zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten schießt, muß den obigen Satz 500—1000 Mal niederschreiben. Wissen Sie, was das heißt? Bitte, lesen Sie den Bogen noch einmal an. Sehen Sie, wie die Hand des armen Jünglings bei dem Schreiben zittert? In der Schule ist das Maximum bei 500 Schlägen 50—100, hier heißt es 500—1000. Das ist eine wahrhafte Tortur — physisch wie geistig. Vergewaltigen Sie sich,

was das heißt, 1000 Mal den gleichen Satz maschinenmäßig niederschreiben zu müssen.

Was muß der arme Jüngling dabei gelitten haben! Aus den Zügen erkennen Sie deutlich, eine wie schwere Hand der Schreiber hat, daß ihm das Schreiben an sich Rühre macht, und nun verlegen Sie sich in seine Lage: die Strafarbeit muß von einem Tag zum andern angefertigt werden, nach 10 Uhr aber darf kein Licht mehr in der Kaserne brennen! Da sitzt nun so ein armer Teufel, der vielleicht sonst das ganze Jahr über keine Feder in die Hand nimmt, und quält sich schweißtreibend ab, den gestrichelten Satz tausendmal niederschreiben, und diese sinnlose Arbeit soll seinen Blick schärfen, seine Hand sicherer machen! Das übertrifft noch die verrufene Tretnähle Old Englands!

Und glauben Sie nicht, daß diese Strafe ausnahmsweise verhängt wird. In Halle a/Saale hat ein Hauptmann des 36. Regiments einem Tischlermeister einen ganzen Stoß solcher Strafbogen verkauft zu Fugenspapier, das reisenden Abzug findet. Die Strafe trifft jeden schlechten Schützen, und wird nach jedesmaligem schlechten Schießen erzhört. Das Papier müssen sich die Delinquenten selbst kaufen — zur 1000maligen Niederschrift des Strafbogen werden 8—10 Bogen verkauft. Viele Soldaten wissen sich nicht anders zu helfen, als daß sie Bogen im Voraus vollschreiben, da es für sie absolut unmöglich ist, die qualvolle Arbeit in einem Nachmittag fertig zu bringen. Indes, „ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!“

So unser Genosse.

Wir können seine Kritik nur von A bis Z unterschreiben. Die plumpe Folter des Mittelalters ist abgeschafft, die Prügelstrafe ist nominell beseitigt, der Latienarrest ist aufgehoben, aber der Menschengeißel ist unerschöpflich an Erfindungskraft — und an die Stelle der brutalen tritt die raffinierte Tortur. Die Gewaltthäter wollen auf solche Erziehungsmittel nicht verzichten, die Menschendressur ist nicht möglich ohne Menschenquälerei. Duelle nie ein Thier zum Scherz, wird den Kindern in der Schule gelehrt, aber die Menschenquälerei wird unbehindert betrieben. Und der Reich löst sich auch quälen, gedulbig quälen, bis ihn eines Tages die Verzweiflung packt und ihm zuruft: „Du sollst nicht in den Tag hinein schießen, sondern —“

Die Herren mögen den Schluß selbst ergänzen.

— Ein Triumph der Zivilisation. Mit großem Wohlbehagen schildert die „Königliche Zeitung“ die erste deutsche Hinrichtung auf Kamerun. Objekt dieses herzerhebenden Aktes war der angelegte Körper des Herrn Pantanius, des vielgenannten Verwalters der Wermann'schen Faktorei auf Kamerun. Pantanius war seinerzeit als Geisel von den Jökelen ins Innere geschleppt und, als die famose Affäre der Mannschaften der Korvetten „Ola“ und „Bismarck“ auf Jökelen erfolgte, erschossen worden. Von Recht und Unrecht ist den Regern gegenüber natürlich gar keine Rede, da entscheidet die Rechtsfrage und die Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit, diese aber spricht noch Ansicht aller im Zivilisationsverfahren kompetenten Leute für „Statuirung eines Exempels“. Und so erfolgte denn nach beendigt glückreichem Feldzug Auslieferung und Erschießung.

Kun wohl, das ist der Krieg, obendrein Eroberungskrieg, und wir wollen daher über diese, von allen „zivilisirten“ Nationen den „Wilden“ gegenüber beliebte Methode heute weiter kein Wort verlieren. Aber fernerzuehen wollen wir doch die barbarische Wohlthat, mit welcher diese Erschießung von den gebildeten, humanen Deutschen begrüßt wird. Die ganze Presse druckt bekräftigt den Bericht der „Königlichen“, in welchem es heißt, daß nachdem das Urtheil vollstreckt war, die „ganze Menge“ in ein „Wehgeheul“ ausbrach. Natürlich, so ein „Wider“ kann ja nur heulen, selbst der feilsche Schmerz ist bei ihm etwas Verächtliches, für den aufgeregten Europäer Lächerliches. D'hr Pharisäer!

— Aus der „besseren“ Gesellschaft. Berliner Blätter berichten von einer wahrhaft abscheulichen Rohheit, die bei dem in der Hofgalerie des Tiergartens am Spinnelstraße abgehaltenen Korso verübt worden ist. Offiziere, Spornreiter, Equipagenbesitzer überraschten ihre auserwählten Damen mit lebenden Bouquets in Gestalt junger Tauben, die sie zu Hunderten in die Wagen warfen. Die unglücklichen Thiere fielen zum Theil zwischen die Reiten der Zuschauer, aus denen halbwüthische Bursten nun eine Jagd auf die jungen Thiere anstellten. Einer Anzahl dieser verfolgten Geschöpfe gelang es, sich auf nahe gelegene Baumäste zu flüchten, allerdings auch nur, um über kurz oder lang eine Beute des Hungers oder der Raubvogel zu werden. Der bei weitem größte Theil aber wurde von den Dienern der Equipagen in die Taschen gesteckt! Und diejenigen, die solche infame Rohheiten in Szene setzten, zählten sich zu den sogenannten gebildeten Klassen, ja es sind dieselben Leute, die nicht entrüstet genug über die Vivisektion zernern können, dieselben Leute, welche die Lebensart von der „Rohheit und Brutalität der untern Klassen“ fortgesetzt im Munde führen!

Es gehört allerdings viel Bildung und feiner Schiffs dazu, eine so „sinnige“ Thierquälerei auszuüben.

— Vivat sequens. Aus Eibersfeld, 17. Mai, schreibt man uns: „Polizeikommissar Gottschalk“ ist heute befehlungs Uebertritt in den Staatsdienst aus den städtischen Diensten entlassen worden, so meldet das hiesige amtliche Blatt die Flucht Gottschalks. Die Flucht — denn etwas anderes ist dieser „Uebertritt“ thätlich nicht. Das Feuer, mit dem er gespielt, es brannte ihm auf die Finger. Ohne Sang und Klang verschwand er. Kurz vor seiner Abreise hatte er Konferenz mit den ihm unterstellten Polizeimännern, eine Stunde darauf war er abgereist, ohne daß vorher auch nur das Geringste bekannt geworden wäre. Verdacht schau'n Bürgerchaft und seine Handlanger darein, vergeblich nach seinem Verbleib forschend. Nur gerüchelt ver-lautet, der „tüchtige Beamte“ Buttke sei nach Elsfah-Lothringen. Zutreffendenfalls sei er hiermit den dortigen Genossen aus beste empfohlen.

So hätten wir denn plötzlich und trauriger Weise unseren Leibjäger verloren, jenen traurigen Helden, der trotz aller angestellten Nachforschungen es nicht zu Wege brachte, die Wuppertaler Arbeiter auf den Leim seiner schuftigen Provokationen zu locken. Er hielt es in Erkenntnis seines Mißerfolges — denn das Gottschalk hier, wie so viele Andere anderswärts, bestellte Arbeit verrichtete, unterliegt gar keinem Zweifel — für besser, zu verabschieden. Und wir glauben sicherlich das Rechte zu treffen, wenn wir annehmen, daß seine Erkenntnis der eigenen Unfähigkeit eine so absolute ist, daß er sich mit dem „Uebertritt in den Staatsdienst“ auf ein für's Gerücht nach oben und Brutalität nach unten auch für Leute seines Schlages fruchtbarer und damit aber auch weniger gefährliches Gebiet der amtlichen Thätigkeit begeben hat. Auf alle Fälle aber die Augen offen! Die Genossen ersuchen wir, von seinem eventuellen Aufstehen und Witzthum zu machen.“

Wir schließen uns dieser Aufforderung an und bemerken nur noch, daß natürlich kein Mensch sich einbildet, mit dem Gottschalk die Gottschalk's los gemorden zu sein. Rein, diese strebsamen Beamten gehören zum „System“, und darum Vivat sequens! Doch der Nachfolger!

— Es gibt noch Richter in — München. Genosse Schönlank in München stand vor Kurzem wieder einmal vor Gericht, um sich wegen eines Artikels zu verantworten, in welchem er zwei Berliner Fabrikbesitzer und deren Werkführer beleidigt haben sollte. Der Artikel behandelte nämlich die Lage der weiblichen Arbeiter in den Posamentierfabriken und sagte der U. A. die ständlichen Zustände in der betreffenden Fabrik. Schönank war vom Schöffengericht freigesprochen worden, die Kläger legten Berufung ein, aber auch das Landgericht München bestätigte die Freisprechung, und zwar unter Anführung von Gründen, die — Ehre, dem Ehre gebührt! — ihre Verfasser als weiße Haken in deutschen Richterstand erscheinen lassen.

Es heißt da u. A.:

„Die Frage der Frauenarbeit in den Fabriken ist von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, und ihre bis jetzt erreichte entsprechende Lösung liegt im Interesse der Allgemeinheit. Diesen allgemeinen Interesse dient die Besprechung der Frauenarbeit nach allen Richtungen, und muß diese Besprechung auch der Allgemeinheit ebenso gestattet sein, wie sie wünschenswerth ist.“

Lehrmeister und Rührer des Kronzeugen Weber Palm (siehe „Schwarze Liste“ Seite 25).

„Es kann demnach auch die Berechtigung der Presse zur sachgemäßen Besprechung des fraglichen, das Interesse der Allgemeinheit berührenden Angelegenheit nicht verkannt werden, und befindet sich somit auch der Privatbesitzer als Redakteur einer periodisch erscheinenden Zeitschrift, welche zudem ihre Leser vornehmlich in den hier zunächst interessierten Arbeiterkreisen sucht, — ungewissheit nicht bloß in Ausübung eines Rechtes, sondern derselbe handelt auch in Wahrnehmung berechtigter Interessen, indem er die Frauenarbeit im Allgemeinen und die Beschäftigung von Frauenpersonen im Posamentier-Stuhle insbesondere zum Gegenstande der Besprechung in dem von ihm redigirten Zeitungsblatt machte und hierbei in der Öffentlichkeit für Befreiung von Mißständen zu wirken versuchte, welche, wie durch die erhobenen Beweise festgestellt wurde, thatsächlich vorgekommen sind und wohl bei der derzeitigen Sachlage auch noch bestehen.“

„Es läßt sich ferner nicht verkennen, daß der Privatbesitzer hierbei ungewissheit in der ernstlich gemeinten Absicht und in der Ueberzeugung handelte, für den bezeichneten, statthaft zu erachtenden Zweck thätig zu sein, und daß er durch die Rennung von Namen und durch eine drastische Schilderung der als wahr festgestellten Thatsachen die Grenzen der thatsächlichen Erörterungen keineswegs überschritten hat.“

Das ist eine Begründung, die sich schon lassen kann. Das Recht und die Pflicht der Presse, Mißstände zu heilen, ist hier einmal unumwunden anerkannt worden. Ob aber die Richter, die so erkannten, wenn sie nicht schamlos widerrufen, Karriere machen werden, und ob ihr Beispiel Nachahmung finden wird, das ist eine Frage, deren Beantwortung wir dahingestellt sein lassen. Eine Schwabe macht noch keinen Sommer.

— Fünzig Mark Geldstrafe und etwas über 70 M. Kosten zahlt unser Genosse Reichelt aus Großsch (in Sachsen) am 18. Mai a. o. dafür, daß das Reichsgericht in Leipzig nach eingeleiteter Revision befunden hat: Die dienstlich erhärtete Wahrnehmung des Bendarm Altmann aus Prag und seines Kollegen Güll aus Großsch, daß in ihrer Gegenwart eine unangemeldete Versammlung hergerichtet und abgehalten worden sei, sei obiges Geld werth. Weiteres siehe Nr. 4 des „Sozialdemokrat“.

Sir schlagen vor, den zwei genialen „Hütern der Ordnung“ ein Reichspatent auf „Gedankenlesen“ auszustellen und dieselben in aller Eile eine Gastreise zu Gunsten einer Heilanstalt für geisteskranke Gendarmen und Polizeidiener antreten zu lassen.

— A. Toussene! In Frankreich ist vor Kurzem ein Schriftsteller gestorben, dessen Name in der Geschichte des Sozialismus ein ehrenvolles Erwähnung verdient: Alphonse Toussene!

Einem Nachruhm, den Freund G. de Paape im „National belge“ dem Verstorbenen widmete, entnehmen wir folgende Daten: Toussene war im Jahre 1803 in Montreuil-Bellay (Departement Maine-et-Loire) geboren. Kaum hatte er seine akademische Lehrzeit hinter sich, als er sich wieder auf das Land zurückzog, wo er indeß neben seinem Berufe als Landwirt sich dem Studium der Lebensgewohnheiten der Thiere widmete.

Die Lehren Charles Fourier's übten einen mächtigen Einfluß auf Toussene aus. Er ging, nachdem er mit ihnen bekannt geworden nach Paris und leitete 4 Jahre die Redaktion des Journals „La Paix“ (Der Friede). Dann übernahm er, im Jahre 1847, den Posten eines Zivilkommissars in Bouffier, von dem er jedoch schon im folgenden Jahre aus Anlaß eines Konflikts zwischen der Zivilverwaltung und der Militärbehörde zurücktrat.

Als treuer Anhänger der Fourier'schen Lehren, ward Toussene einer der Gründer der „Democratie pacifique“, des bekannten Organes der phalansterianischen Schule. Nach der Februarrevolution von 1848 betheiligte er sich an den Arbeiten der im Palais Luxemburg tagenden Arbeitskommission und gab ein neues Journal heraus, dessen Tendenzen schon aus seinem Titel: „Die befreite Arbeit“ genügend ersichtlich sind.

Seit 1849 widmete sich Toussene wieder ausschließlich seinem ihm vom Jugend auf theuren Lieblingsstudium. Er veröffentlichte ein Buch: „De Weist der Thiere“, das unter den Fachleuten allgemein bekannt ist, ein weiteres: „Die Welt der Vögel“, sowie zahlreiche Artikel im „Globe“ und verschiedenen Fachjournalen.

Von seinen sozialistischen Schriften sind hervorzuheben: „Die Juden, die Könige unserer Zeit; eine Geschichte der Finanzfeudalität“ (eine Schrift, in welcher er die großen Börsenjobber (Schonungslos angreift), „Arbeit und Nichtigkeit“, „Demokratisches Programm“ u. c.

Die Untersuchungen Toussene's über die Sitten und die Intelligenz der Thiere charakterisiren ihn als einen Vorläufer der positiven Psychologie, zu deren wesentlichen Grundlagen zweifelsohne die Zoopsychologie (Lehre vom Seelenleben der Thiere) gehört. Seine ökonomischen und sozialen Forschungen reihen ihn unter die Begründer der modernen Soziologie (Gesellschaftslehre) ein.

Toussene gehörte somit ein erheblicher Antheil an der Ausarbeitung der beiden großen Wissenschaftsgebiete, denen eine endgiltige Grundlage zu geben die Aufgabe unserer Zeit zu sein scheint. Die Zukunft wird seinen Namen nicht vergessen.

— Im „Proletariat“ finden wir einen Ausspruch von Toussene, den auch unsere Leser mit Vergnügen lesen werden. Einmal Tages forderte Philibert Aubert Toussene auf, ihm die Analogie (in Fourier's System spielt die Analogie eine große Rolle) der Walderdbeere auseinanderzusetzen. Toussene antwortete:

„Die Walderdbeere ist eine Pflanze für den Feinschmecker. In einem Glaspokal geworfen, mit Straußwaffer überschüttet und mit einer Mischung von Wasser und Rischbrandwein getränkt, ist sie eine Götterspeise. Analogie: Die Tochter des Hirten, des Holzällers oder des Wilddiebes.“

„Man nimmt dieses Naturkind, entblättert es physisch und geistlich auf dem Boulevard Kalesherbes ein, nährt es mit Droschke und Rebhähnern, trinkt es mit Champagner, und nach Alledem entzündet es Herzog und berührt es Millionäre.“

„Wird die Walderdbeere in zu starken Quantitäten genommen, so wirkt ihr Genuss tödtlich. Das Waldmädchen, Stadtdame geworden, richtet die Spröcklinge der Aristokratie in jeder Beziehung zu Grunde. — Braves Mädchen; sie ist eine der Formen der Freiheit!“

Diese Analogie, sagt das „Proletariat“ hinzu, ist wahrhaft genial. Die Tochter des Waldes eine der Formen der Gerechtigkeit, weil sie, horizontale in großer Stille geworden, die letzten Spröcklinge der Aristokratie ruiniert, das ist ein brillantes Paradoxon!

Aber auch die „Horizontale“ als „Form der Gerechtigkeit“ wird immerfort zu thun haben, solange die Arbeiter fortjahren, Ausbeuter zu bereichern, deren Spröcklinge sich zu Gunsten — anderer Ausbeuter ruiniren!

— Sozialistische Presse und Literatur. „Rivista Calabrese“ (Kalabresische Revue). Redakteur G. Domenico. Cosenza, G. Alessio.

Diese neue Zeitschrift darf, wenn sie auch kein ausgesprochenes Parteiorgan ist, als eine Bereicherung der sozialistischen Literatur bezeichnet werden. In ihrem Programmartikel erklärt die Redaktion, daß sie auf dem Boden der politischen und sozialen Demokratie steht, aber der Diskussion im weitesten Sinne Raum geben wird. „Die republikanischen Lehren“, sagt sie, „bilden heute ein Kapitel der politischen Soziologie, die Theorien des Kollektivismus ein Kapitel der wirtschaftlichen Sozialwissenschaft. Wir sprechen daher nicht von Führern, sondern von Soziologen. Die Wahrheit ist zu groß und klar, um sich einer andern Waffe zu bedienen als der Wissenschaft.“

Das uns vorliegende erste Heft enthält u. A. einen Aufsatz über „die politischen Theorien des Thomas Campanella“ (B. Julia), „die soziale Frage und die Ereignisse im Rantuesischen“ (L. Castellano), über „Transformismus und Sozialismus“ (aus dem Französischen des L. Dramard), eine politische und eine literarische Rundschau.

Wir begrüßen diesen neuen Aufsteiger aufs Wärmste. Aus einer Anknüpfung der Redaktion erfahren wir, daß die neueste englische Schrift „der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, von P. Martignetti übersetzt, bereits im Italienischen erschienen ist.

„Deutsche-Amerikanische Wäcker-Zeitung“ herausgegeben von der Wäcker-Arbeiter-Union von New-York, 190 William Street. Ein Gewerkschaftsblatt, das, wie aus

Der Inhalt seiner ersten Nummer hervorgeht, voll und ganz auf dem Boden der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung steht. Wir wünschen ihm bestes Gedeihen.

**Berichtigung.** Wir erhalten folgende Zuschrift:  
„An die verehrliche Redaktion des „Sozialdemokrat“ in Zürich.“

„In Nr. 20 Ihres geschätzten Blattes führen Sie einige Aeusserungen der hiesigen „Volkszeitung“ über die bekannte Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion an und nennen mich als Verfasser derselben. Diese Ihre Angabe ist unrichtig, und es liegt mir an, Ihre Berichtigung um so mehr, als Sie mich gleichzeitig beschuldigen, „Verleumdungen“ gegen die sozialdemokratische Partei zu verbreiten.“

Die Unrichtigkeit auch dieser Behauptung dürfte hinlänglich daraus hervorgehen, daß die sozialwissenschaftlichen Aufsätze der „Demokratischen Blätter“, von welchen Sie selbst erst kürzlich gesagt haben, daß dieselben „oft recht gut“ seien und in sozialdemokratischen Kreisen gern gelesen würden, fast durchweg aus meiner Feder hervorgehen. In dem eben genannten Organ habe ich allerdings auch einen Artikel über die Auseinandersetzung zwischen dem „Sozialdemokrat“ und der sozialdemokratischen Fraktion veröffentlicht, allein derselbe weicht, wie Sie sich aus dem beiliegenden Exemplar überzeugen wollen, erheblich von den entsprechenden Ansichten der „Volkszeitung“ ab, so daß ich von Ihrer Billigkeit eine Berichtigung Ihrer irigen Behauptungen durch den Abdruck dieser Zeilen erwarten darf.

Hochachtungsvoll

F. Rehring.

Berlin, 16. Mai 1885.

Wir bestätigen Herrn Rehring, daß der Artikel der „Demokratischen Blätter“, auf den er sich bezieht, von Gehäufigkeiten etc. gegen die Sozialdemokratie frei ist und, wenn auch der Gedankengang, der ihm zu Grunde liegt, keineswegs in absolutem Gegensatz zu dem des erwähnten Volkszeitungs-Artikels steht, zu ganz anderen Folgerungen kommt als dieser. Die betr. Notiz in der vorigen Nummer unseres Blattes rührte übrigens nicht von der Redaktion her, sondern ist uns von Berlin eingeschickt worden. Wenn der Verfasser sich in seinen Voraussetzungen getäuscht, so wird er gern bereit sein, seinen Irrthum zu widerrufen.

Da der Artikel der „Demokratischen Blätter“, als dessen Verfasser Herr Rehring benannt, weitere Verbreitung gefunden hat, so wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht ermahnen, gegen eine — wir wollen annehmen, in gutem Glauben erfolgte — falsche Darstellung unseres Standpunktes Verwahrung einzulegen.

Herr Rehring schreibt u. a.:

„Dieser Zusammenstoß zwischen den parlamentarischen Vertretern und dem Organ der revolutionären Arbeiterpartei ist nämlich nicht der erste seiner Art; in ganz ähnlicher Weise kam er vor zwei oder drei Jahren ebenfalls einer im Reichstage von dem Abgeordneten Bloss gethanen Aeußerung vor. Sehr bemerkenswerth ist dabei nun, daß bei allen diesen Meinungen der gemäßigtere Standpunkt stets von parlamentarischer Seite vertreten wurde. Hier ist der wiederholte Malen bei aller Aufrechterhaltung des Principes der Verwerfung gemacht worden, sachliche Meinungsunterschiede mit der Regierung und den übrigen Parteien zu vermeiden und auf jene inoffizielle, revolutionäre Haltung zu verzichten, welche sich Herr Bloss bei der erwähnten Gelegenheit ausdrückte, nach welchem Arbeiter die Suppe geschmeckt hat“; dort aber in Zürich hätte ein Arbeiter, welches sich betäubigt und mehr von fremden Händen ziemlich häufigen Beschuldigungen und Kohheiten frei gemacht war, und eine in jedem Betracht recht leserwürdige, für die im deutschen Reich maßgebenden Politiker anscheinend allerdings in Sonstigkeit geschriebene Zeitung geworden ist, an dem Kampfe bis aufs Messer unverdrüßlich teilzunehmen. Der von Zeit zu Zeit immer wieder hervortretende Gegensatz ist natürlich und seine Ursachen liegen auf der Hand; dort ist eben noch das letzte Band erhalten, welches Volksgenossen zu gemeinsamen Wirken mit einander verknüpft, hier aber geht in der Luft der ungerichteten Verbannung nur noch das Gefühl unüberwindlicher Feindschaft. Ebenso natürlich ist es aber, daß dieser Gegensatz niemals zu einer ersten und vollständigen Meinungsverschiedenheit führt, sondern alsbald immer wieder von neuem aufzufassen untergeht. Mag die sozialdemokratische Reichsfraktion ihre höhere Autorität noch so nachdrücklich wahrnehmen, mag die Redaktion des „Sozialdemokrat“ sich dieser Zurückweisung noch so bereitwillig fügen, so behält die letztere doch immer sachlich die Oberhand, solange sie nur auf die verheerenden Wirkungen des Sozialismus hinzuweisen braucht, um in den Gemüthern der Arbeiter jeden Gedanken an Frieden und Versöhnung zu erlöchen.“

Dem Schlußsatz zugegeben, müssen wir doch entschieden in Abrede setzen, daß es „die Lust der ungerichteten Verbannung“ ist, welche unsere Stellungnahme zu den verschiedenen konkreten Fragen bestimmt, vor deren Beantwortung unsere Partei sich gestellt sieht. Diese „Lust“ hat uns durchaus nicht gehindert, dem Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber der Reichsfraktion, der Unfallsverträge, dem Reichstagsbeschlusse etc. derselben prinzipiell zuzustimmen; dagegen gegen die bisherige Meinungsverschiedenheit in Bezug auf bestimmte Fragen zeigen, ist es nie die „Lust ungerichteter Verbannung“ gewesen, welche sie geseitigt, vielmehr hat noch jede derartige Diskussion bewiesen, daß sich im „Sozialdemokrat“ lediglich in Deutschland selbst geäußerte Erörterungen wieder spiegeln.

Was dem Aufgehen in den sogenannten Emigrantenradikalismus sind, ist nicht nur durch die engen Beziehungen geschäftl., welche wir mit den Genossen in Deutschland unterhalten, sondern auch durch lebhafteste Beziehungen an der schweizerischen Arbeiterbewegung. Die enge Verbindung mit dieser läßt uns die Erörterungen praktisch wirksamen Wertes sehr wohl würdigen.

Was aber die unversöhnliche Feindschaft gegen die Regierung des Sozialistengesetzes betrifft, so wissen wir uns in dieser mit allen Genossen eins.

**Kaiserslautern.** Der Regionalkongress der sozialistischen Arbeiterverbände von Mitteldeutschland (Partei Broussé-Joffrin), welcher letzte Woche in Paris tagte, hat die Vereinigung mit den verschiedenen anderen sozialistischen Gruppen behufs gemeinsamen Vorgehens bei bevorstehenden Wahlen abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß es den einzelnen Vereinen ja freistehet, sich der Organisation der Verbände anzuschließen.

Der Streik der Schneider dauert fort und nimmt einen den Umständen ziemlich günstigen Verlauf, entgegen den Prophezeiungen der Parteipresseblätter diesseits und jenseits des Rheins. Jedenfalls ist aber immer noch jeder Zugzwang fernzuhalten.

**Kaiserslautern.** Einem strengen Winter haben wir nun glücklich hinter uns, nicht augenblicklich wegen noch kalten Winters, welche nicht weniger als ein Zeichen sind. Es war ein trauriger Winter; zu Anfang desselben waren wir ein riesenhaftes Affenschauspiel, von Menschen dargestellt und von Affen geleitet. Diese zu beschreiben ist mir zu unangenehm, und auch nicht der Zweck dieser Zeilen; denn es geht mit eigenen Augen angesehen werden, wie das „freie Volk“ der Reichsstadt seiner politischen Drahtzieher fast allabendlich durch die Gassen der Straßen wagt, und zu Ehren seines demnachstigen Besizers, dessen Konterselb gewöhnlich quer über der Straße angebracht ist, ein ohrenbetäubendes Indianergeschrei anstimmend. Jede kleine Truppe ist eine Abtheilung Trommler bei sich, während Alles, was in Reichsstadt ein Mitglied marschirt, uniformirt ist, d. h. Jacke und gewöhnlich auch ein Hut aus baumwollenen Zeug trägt, welche in den größten und schönsten Farben abwechseln, je nach den Farben des politischen Drahtziehers, von dem die Leute uniformirt worden sind. Dem entsprechend trägt jeder Demonstrant eine große Hundemantel auf der Brust mit weißer Aufschrift, damit die Massen von ihren „Besitzhabern“ auch ohne die Kontrolle der Polizei kontrollirt werden können. Jedem freisittlichen Menschen ist es ein Schicksal, sich das Herz im Leibe herum, wenn er solches Gemüthenthum mit sich führt.

Angesichts solcher Verhältnisse sollte man hier an der ganzen Arbeiterbewegung verzweifeln, da professionelle Politiker Alles in ihren Händen haben. Doch für den Eingeweihten liegt die Sache entschieden anders. Die hiesigen zwei großen politischen Parteien, welche sich so ziemlich die ganze Stadt halten, sind augenblicklich fast weiter nichts als zwei riesenhafte Horden, welche das Rauben „gesetzlich“ betreiben, das irgend Abg-

liche daran setzen, um in Besitz der Beute zu kommen, als da sind fette Rosten und Kemter etc. Da es nun einmal im Gange der Entwicklung liegt, daß jedes System sich entweder weiter entwickelt, oder sich selbst zu Grunde richten muß, so sind denn unsere politischen Parteien bereits zu dem Punkte gelangt, daß sie sich als das zeigen müssen, was sie sind: Ausbeuter.

Freilich sieht die große Mehrheit das heute noch nicht ein, aber unrichtig ist, daß sie es nicht sehen lernen wird. Die gewaltige Macht der That, welche bringt, selbst Leute zur Vernunft, welchen mit den besten Argumenten nicht beizukommen war.

Es ist hier der Aberglaube allgemein verbreitet, daß in dem Jahre, wo ein Präsident gewählt wird, die Geschäfte immer etwas schlecht gehen. Mit diesem schwachen Trost sucht sich Mancher das ganze letzte Jahr hindurch zu trösten; aber jetzt klagen sie, daß es so schlecht nie zuvor gewesen. Und was das Schlimmste und Entsetzlichste an der ganzen Sache ist: es ist gar keine Aussicht vorhanden, daß es schon bald besser werden wird.

Eine wirklich gedrückte Stimmung herrscht allenthalben vor, und hat hier schon das Wunder zu Stande gebracht, daß in Hunderten von Kirchen von den Kanzeln herunter die Arbeiterfrage resp. der Sozialismus verhandelt wird. Daß dabei viel Blech verdammt wird, ist ja selbstverständlich, doch allgemein wird anerkannt, daß etwas gethan werden müsse, wenn „wir nicht unüberwindlichen Ereignissen entgegengehen wollen“. Bekanntlich haben die Pfaffen gewöhnlich sehr feine Katzen, um Sachen wahrzunehmen, welche von Andern oft noch gar nicht beobachtet werden. Vor einigen Jahren haben sie z. B. häufig genug das Vorhandensein einer sozialen Frage entschieden abgelehnt, und jetzt erkennen sie sie nicht allein an, sondern diskutieren auch noch den Sozialismus, die Arbeit, wofür wir ihnen Dank schulden. Denn bisher galt der Sozialismus als etwas Abscheuliches, Importirtes, was auf amerikanischen Boden gar nicht gedeihen könnte etc. Aber durch die häufige Anerkennung und Behandlung verliert selbst das schrecklichste Wort seinen Schrecken.

Gegenwärtig sind die Deutschen die Hauptträger der sozialistischen Bewegung hierzulande. Angesichts der vielen Rationalitäten und Sprachen ist das Agitieren sehr erschwert, doch es schreitet vorwärts, wenn auch langsam. Die amerikanischen Arbeiter begreifen ihre Klassenlage jetzt besser wie je zuvor; bei allen vorhergegangenen Krisen sind z. B. auch jedesmal die Arbeiterorganisationen zum Theil ganz zu Grunde gegangen, oder doch aktionsunfähig gemacht worden, wogegen sie sich bis jetzt nicht allein gehalten, sondern noch vermehrt haben, wie auch Organisationen ins Leben gerufen worden sind, welche früher gar nicht existirten. Daß die Sozialisten in den meisten Gewerkschaften hervorragende Rollen spielen, ist ja nicht mehr wie natürlich, weil es gewöhnlich die bestausgebildeten Arbeiter sind. Das Verhältnis könnte aber noch bedeutend besser sein, wenn alle Sozialisten die englische Sprache wie ihre eigene zu gebrauchen wüßten; aber da haperts oft arg. Zum Glück wird die englische sozialistische Literatur immer größer und besser. Das beste Werk über den modernen Sozialismus, welches hier in englischer Sprache erschienen ist, „The Co-operative Commonwealth“ von Lawrence Geolant, und kostet einen Dollar. Wie jedoch soeben angeigt, wird eine revidirte billige Ausgabe veranstaltet, welche nur einen Viertel-Dollar kostet. Dieses Werk wird sehr viel Gutes thun in unserem Sinne, indem es Klarheit verbreiten wird.

So geht es denn ruhig weiter; was keine Macht der Erde fertig bringen konnte: die Vereinigung aller Nationalitäten, der Sozialismus in seinem Siegeslauf wird sie vollbringen.

Mit sozialdemokratischem Grusse!

Friedr. Fellermann.

— Die französischen Genossen (Parti ouvrier) haben an unsere sozialdemokratische Reichstagsfraktion nachstehendes Schreiben gerichtet (wir haben dasselbe bereits in einer früheren Nummer abgedruckt, wiederholen es aber auf Wunsch an dieser Stelle):

„Bürger!  
Ueberzeugt, daß der Gemeinwohl des Zwedes und der Mittel auch das einseitige (combino) Handeln der in der sozialistischen Arbeiterpartei organisirten Arbeiterklasse entsprechen muß, hat die französische Arbeiterpartei den deutschen Genossen bei den letzten Wahlen ihr Solidaritätsgefühl durch Sympathie-Adressen und Geldsammlungen betätigt.  
Jetzt unterwirft man vorab den allgemeinen Wahlen, glauben wir uns an die sozialistischen Arbeiter der übrigen Länder mit der Bitte wenden zu müssen, daß sie uns ebenfalls brüderlich zur Seite stehen.  
Es ist nötig, daß die Sozialisten sich daran gewöhnen, die Arbeiter der ganzen Erde als eine einzige große Armee zu betrachten, die, in verschiedene Armeekorps getheilt, einen und denselben Kampflämpf und ein gemeinsames Schlachtfeld hat.“

Für das Wahlkomitee:

G. Deville. Jules Guesde. P. Lafargue.

J. Lépine.

Der Sekretär:

Louis Alexandre,

192, Rue St. Martin.“

Das Schreiben ist in dem Geiste, in welchem es geschrieben ist, von der Fraktion beantwortet worden. Die französischen Brüder sollen sich in den deutschen Sozialisten nicht getäuscht haben. Es wurden sofort die nöthigen Maßregeln getroffen, und wir bitten unsere Genossen in Deutschland und im Ausland, ihr Möglichstes in der Sache zu thun.

## Korrespondenzen.

**Königsberg, 13. Mai.** Freitag den 8. d. Mts. fand hier eine große Volksversammlung statt, in welcher Genosse Schumacher aus Solingen über das Arbeiterschutzgesetz referirte. Trotz dem Nebel, wie sogar hiesige Zeitungen hervorheben, sehr ruhig und sachlich sprach, wurde die Versammlung wiederum politisch aufgeführt. Hier ist man allgemein der Ansicht, daß der „Ueberwachende“ höheren Ortes die bestimmte Ordre bekommt, unsere Versammlungen für alle Fälle aufzulösen, ob Anlaß oder nicht Anlaß dazu vorhanden ist. Uns kann's schon recht sein. Die Erbitterung, welche solche Brutalität erzeugt, führt uns immer neue Anhänger zu. Mit Hochs auf die Sozialdemokratie wurde die Auflösung beantwortet, worauf sich unter dem Abgange der Parteiführer der Saal langsam leerte. Drei Mann wurden zur Polizei zitiert, andere Tages natürlich entlassen. — Beim Nachhausegehen brachte man uns die betäubende Nachricht entgegen, daß Genosse Kallmann soeben verstorben sei. Kallmann war einer von den Wenigen, welche, als hier 1878 Alles, was bisher aus den besitzenden Kreisen zu uns gehalten, auseinander stob, treu zu uns hielten. Trotzdem er an einem für die Arbeiter der Zeit wegen unangünstigen Tage, am Montag, begraben wurde, folgte dem Sarge ein langer Zug Arbeiter, wozu die streikenden Tischler das Hauptkontingent stellten. Genosse Herbig widmete dem Freunde als solchem einen kurzen Nachruf. Genosse Godau legte einen Kranz mit rothem Schleife und der Aufschrift: „Die Königsberger Sozialdemokraten ihrem treuen Genossen“ auf das Grab des Dahingegangenen. Dieser Kranz hatten die Arbeiter ihrem Genossen gespendet.

Der Streik der Tischler ist noch immer unentschieden. Seit Montag den 11. ist in einer großen Fabrik der Streik zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Fabrik beschäftigt 56 Mann. Die andern Meister wollen zum großen Theil auch bewilligen, aber — mit ihren eigenen Gefellen, und nicht mit der Streikkommission verhandeln. Daraus läßt sich natürlich kein Gefelle ein. Der Geist ist ein verzüglischer. Trotzdem die Unterthürigen wegen Mangel an Fonds sehr gering bemessen werden — der Inwertrathete erhält 3 M. pro Woche, der Bezirksrathete 4 bis 4 1/2 M. — denkt kein einziger daran, die Arbeit aufzunehmen. Werden die Tischler von außerhalb nur einigermaßen unterstützt, so ist ihnen der Sieg gewiß. Ueber den weiteren Verlauf erhalten Sie Mittheilung.

**München, 15. Mai.** Die Wogen haben sich wieder ein wenig geglättet, und die Diskussion über die Dampfsubvention und die Erklä-

rungsangelegenheit ist in ein ruhigeres Fahrwasser eingelenkt. Wir wünschen nur, daß fernhin solche Differenzen unserer Bewegung fern bleiben. Hier in München schreitet die sozialdemokratische Partei auf dem einmal eingeschlagenen Wege fort. Durch Agitation und durch strafes Zusammenhalten, durch die Macht des geschriebenen Wortes, wie wir es in unserer Parteiliteratur niedergelegt finden, muß das Fundament befestigt werden, auf dem sich der stattliche rothe Bau erhebt, dessen Fries das Wahrsprechen trägt: Sieg im Wahlkreise München II. Dieses Wahrsprechen ist und soll für alle Klassenbewußten Arbeiter zugleich der Appell sein, daß sie nicht, trotz des Erfolgs, lässig die Hände in den Schooß legen und mancherlei die Dinge gehen lassen. Alle Mann müssen daran arbeiten, den schwer erlöschenden Kreis festzuhalten und das Mandat des ersten Wahlkreises erobern zu helfen. München I muß und wird im Laufe der Zeit unterworfen werden, wenn wir nicht in unseren Reihen den Indifferentismus einreihen lassen, der der Tod jedes Fortschrittes ist. Vorwärts! sei die Parole, jeder Stillstand bedeutet eine Niederlage.

Daß die ländlichen Wahlbezirke von München II mit sozialistischer Saat bestreut werden, dafür ist gesorgt. Die Ernte wird keine schlechte werden; die Unzufriedenheit des Landvolkes über den Druck der Steuern, namentlich der Blutsteuer, und über den Rückgang des bäuerlichen Kleinbetriebes wächst von Tag zu Tage. Man muß den ländlichen Arbeitern klar machen, und unsere oberbayerischen Bauern sind nicht weniger als unintelligent, wie es mit ihrer ökonomischen Lage bestellt ist; die Religionsfrage muß, und dazu berechtigt vollkommen unser Parteiprogramm, aus dem Spiel gelassen werden. Jeder muß glauben, oder mag nicht glauben, was er will; das ist seine Sache. Wir können der vor einiger Zeit im Parteiorgan ausgesprochenen Ansicht, daß auf die Bauern nicht gerechnet werden dürfe, nicht ganz zustimmen. Die richtigen Mittel nach der besonderen Beschaffenheit des Landes und Bezirks müssen in Anwendung gebracht werden, und der Bauer marschirt in unseren Reihen.“ Ruhe, Geduld und genaue Kenntniß der Verhältnisse, das sind die drei notwendigen Bedingungen für die Bauernemanzipation.

Die hochblöthige Polizei hat mit großer Brutalität, eine Charaktereigenschaft, die sie mit brünftigen Stieren, läufigen Hunden und anderen Seelenverwandten theilt, uns sämtliche Versammlungsorte in München abgetrieben. Durch Drohungen aller Art sind die Wirthe so eingeschüchtert worden, daß sie lieber in's Fegfeuer gehen, als den „Roth“ ihre Säle zu Versammlungen überlassen. In den Vororten, wo wir Lokale haben könnten, verleiht das stupide peride Bezirksamts-Oberinspektor, um die Macht seiner inhaltlosen Existenz sichtbar zu machen, unsere Versammlungen auf Grund des Sicherheitskomplexes gegen ehrliche Leute, d. h. des allerinfamsten Sozialistengesetzes. Dadurch wird zum großen Theil uns die Möglichkeit genommen, direkt durch prinzipielle Diskussion von Tagesfragen die große Masse in Bewegung zu setzen. Dafür arbeiten wir als tüchtige Maniboule durch die Rintararbeit der stillen, tödtlich sicheren Agitation. Die soziale Roth aber, welche das Proletariat durch Hunger erstickt, ist unsere beste Bundesgenossin, im Verein mit den Mandarinen der Weinstraße, vom Oberdiäten Hofmann bis zum Extrahallunken Reineisenschmelzer. Michael Gebrat, der im Berghof, unter dem Schutze der Gendarmen, in blödsinnig-unverständlichen Inquiriren das Tollste leistet, ist eben so schlecht wie selbst. In einem Falle hat er zu dem von ihm Vernommenen geäußert: „Zwei Spitzhunden sind mir lieber als ein Sozialdemokrat.“ Das glauben wir, dem Michel ist seinesgleichen eben angenehmer, als ein für sein Prinzip sich opfernder Genosse. Er hat ferner die Entdeckung gemacht, daß Laßalle bloß deshalb Agitator wurde, weil er zwei Jahre im Zuchthaus habe sitzen müssen!!! Das ist, um mündnerlich zu reden, zum Lachen. Freige, wie ein leichensressender Schafal, ist Gebrat. Unsere Parteipolizei hat festgestellt, daß er sich auf der Straße nie anders zeigt, als von einem Spitzel in Zivil geküßt.

„Spitzelchen geht hinterher,  
„Der Reineisenschmelzer forcht sich sehr.“

Daß von Zeit zu Zeit die Polizisten ihre Dummheit durch erfolgreiche Hausdurchsuchungen der Welt demonstrieren, braucht kaum erwähnt zu werden. Daß aber die Pöbelhaube und der Schießprügel nicht nützen, haben wir vorigen Monat in Schwabing erlebt. Eine nach dort einderufene Versammlung, in der Genosse Bollmar seinen Redeschäftsbericht erstatten wollte, war verboten worden. Hunderte von Arbeitern waren erschienen, sie fanden aber den Saal gesperrt, und ringend auf der ganzen Flur Helme und Uniformen, an denen Gendarmen befestigt waren. Man scherte und lagte im Garten, obwohl alle halbe Stunde eine neue Verdrängung der bewaffneten Macht eintrat, und je endlich in die Reihen nach der Stadt zu. An der Betulischen Brauerei kam der Zug in's Stocken, und angedrückt kam das Obergenie von Schwabing, der Provokateur aller Szenen, die sich an diesem Tag abspielten (der englische Bürgermeisterei hatte fortwährend nach München um frische Hülfsmannschaften telephonisch gewinkt); er kam mit 50 Gendarmen, die das Gewehr mit aufgeschlagenem Bajonett trugen. Aber die Waffe weicht nicht; Bürgermeisterei wird desparat, er darf noch nicht auf die „Kanalle“ schießen lassen, so gern er's wohl innerlich möchte. Was thun? Er muß bei den Sozialdemokraten betteln gehen zur Verstellung der Ruhe! Er wendete sich an den anwesenden, kurz vorher aus der Angertruhweide entlassenen Schönbauk, den „notorischen Berufsagitator“, wie ihn die Polizeiführer in ihres Bildsinns durchbohrendem Gefühle nennen, und bat denselben scheinlich um Intervention. Nach gründlicher Ausrüstung des Schwabinger Stadtregenten für seine Provolationen wurde nach einigen Worten, die unser Genosse an die Freunde richtete, der Kampfplatz friedlich verlassen. Es lebe das Ostobergesetz!

Bollmar ist in einer Versammlung des demokratischen Vereins doch noch Wort gekommen und hat den Herren seine Ansicht in Prokrustes Schrift klar gemacht. Die Versammlung bestand zu 100 aus Sozialdemokraten; sie erklärte sich mit Bollmars Verhalten im Reichstage vollkommen einverstanden, und votirte ihm ihren Dank für sein schmeißendes Eintreten im Interesse des Proletariats. Unser Abgeordneter hat durchaus im Sinoerständniß mit seinen Wählern gehandelt, als er z. B. gegen die Dampfsubvention gestimmt hat.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind durch die Polizei zum Theil strangulirt worden, wie der Schneiderschwarzverein, zum Theil haben sie eine große Maßregelung erfahren. Daß die Borger der Ordnungslümmel nur Wasser auf unsere Mühle leitet, ist einleuchtend. Wenn die Weltgeschichte verderben will, den macht sie vorher zum Narren.

Zu guter Letzt sei eine Bourgeoisperle dem Publikum präsentiert: der spanische Konjul, Großhändler Karl Kospal, Besitzer des größten Münchener Waarenmagazins und Haremsherr in la Sultan. Er ist der Erzhörer zahlreicher Maitreffen; der Reihe nach haben Theater und Ballet ihm das Fleisch für seine erotischen Gastmähler geliefert. Sein Jutreiber ist ein „quittierter Lieutenant, der Baron von Dary, der ganz geschäftsmäßig die Kontrakte mit den Opfern oder den Eltern der Opfer seines lästernen Ausragebetters abschließt und dabei finanziell und physisch (er soll die Geliebten Kospal's als stille Kompanon mitbesitzen) die besten Geschäfte macht. Der Handelsaristokrat als zehnter Herr des allmächtigen Offiziersjunkers, ein treffliches Bild unserer Zeit. Kospal ist so abgelebt, daß er zum Kitzel seiner abgestumpften Sinne nur noch die Freude sich machen kann, dukendweise nackte Weiber vor sich herum passiren zu lassen. Das Uebrige besorgt gefällig der prinzipielle Kapitalist Baron von Hartz. Mit diesem Herrn schließt unser heutiger Bericht. Das nächste Mal mehr! Bogenstübe.

**Kaiserslautern, 6. Mai.** Am vergangenen Sonntag fand in Würzburg eine Landeskonferenz der Sozialdemokratie Hessens statt, zu welcher über 50 Vertreter aus allen Theilen unseres Landes erschienen waren. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage. Nach Erledigung desselben lag man zur Besprechung der Bürgermeisterei und Gemeinwesen der Städte, was den verschiedenen Rednern Gelegenheit gab, die bei uns herrschenden Mißstände zu geisteln und vortreffliche Winke für deren Abhülfe vorzuschlagen. Das von unseren Gegnern am meisten beliebte Mittel, die Wähler durch Freitinken und Freieszen zu fangen,

„Zweitensöhne. Wir haben auch keineswegs die Wichtigkeit der Bauernagitation herabsetzen wollen, vielmehr wiederholt die Genossen aufgefordert, ihre Erfahrungen in dieser Beziehung im Organ mitzutheilen. Daß der Bauer schon heute vielfach für unsere Sache zu gewinnen ist, geben wir unbedingt zu. Aber die Kerntuppe derselben kann immer nur das Industrieproletariat stellen. Ann. d. Red.

find einstimmige Verurteilung, und wurde für verwerflich erklärt; es wurde beschlossen, mit allen Mitteln dagegen anzukämpfen. Während der Anirmiten, circa vier Stunden dauernden Debatte hatten sich sehr viele Genossen von Würzburg und Umgebung eingefunden, welche den Verhandlungen mit Interesse folgten. Gegen 4 Uhr erschien auch der gestrenge Ortopäde in Begleitung von drei Bedienten und hatte die lächerliche Absicht, die Konferenz aufzulösen, er wurde aber von den anwesenden sozialistischen heftigen Landtagsabgeordneten J. D. S. und K. R. auf das vollständigste zurückgewiesen. Die Konferenz wurde für alle eventuelle Folgen verantwortlich gemacht. Beschlüsse waren, daß er alle Befehle, auf Grund welcher Paragraphen und welchen Gesetzes er die Versammlung auflösen wollte, zur Antwort gab: Auf Grund von Paragraph 9! Da er aber das Gesetz nicht angeben konnte, so wurde er aufgefordert, sich ruhig zu verhalten und den Gang der Konferenz nicht mehr zu stören. Das ließ sich denn auch der Herr Bürgermeister gesagt sein, nahm mit seiner Begleitung Platz, ließ sich ein paar „Schöpfe Wein“ gut schmecken und folgte den noch zu zwei Stunden dauernden Verhandlungen mit großem Interesse. Schließlich wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei in Hessen erklärt, daß es nur dann zulässig ist, in die Wahl für Bürgermeister, Beigeordnete, Gemeinderäte, resp. Stadtvorordnete einzutreten, wenn ausgesprochene Sozialdemokraten aufgestellt sind. Ist das in Städten resp. Gemeinden nicht möglich, so wird den Genossen Wahlenthaltung zur Pflicht gemacht. Wo Wahlen beschlossene werden, haben die Genossen das Gutachten des aus sieben Personen bestehenden Landeswahlkomites einzuholen, um mit demselben gemeinsam die Entscheidungen zu treffen.“ Ebenfalls einstimmig angenommen wurde der Beschlus, welcher für die Zusammenlegung des Landeswahlkomites bestimmte Normen aufstellt. Mit einem dreifach donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Landeskonferenz, welche circa sechs Stunden gelagert hatte, geschlossen.

Die Mitglieder des kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins London, 49 Tottenham Street W., stimmen dem Aufruf der Genossen in Frankfurt a/M. in Nr. 17 des „Sozialdemokrat“ aus folgenden Gründen bei:

Wir glauben, daß eine Beteiligung an der Reichstagswahl nur dann von Nutzen für die Arbeiterklasse sein kann, wenn die gewählten Vertreter im Reichstag voll und ganz auf dem Standpunkte des Klassenbewußtseins stehen und die Forderungen der Partei schroff gegen die Interessen des heutigen Staates zur Geltung bringen. An eine Besserung der Lage der Arbeitermassen mittelst kleinlicher Reformen glauben wir nicht.

Wir sind mit den Frankfurter Genossen der Ansicht, daß unsere Vertreter in ihrer Mehrheit auf diesem Standpunkt nicht gefanden haben; das beweisen die Reden und Anträge, welche gestellt worden sind, und welche ebensogut von einem Vertreter der „Freisinnigen“ hätten gestellt werden können.

Eine Ausnahme macht der „Arbeiterkongress-Entwurf.“ Da die heutige Gesellschaft nichts von ihren Privilegien gutwillig aufgibt, so bleibt für uns nichts übrig, als unsere ganze Kraft und Agitation daran zu setzen, das Proletariat davon zu überzeugen, daß es von der heutigen Gesellschaft nichts für sich zu erwarten hat, und daß es seine Emanzipation nur erreicht, wenn es „die Gewalt mittelst Gewalt“ vertreibt.

Daß dies nicht heute oder morgen geschehen kann, wissen wir. Wir wissen aber auch, daß die heute übliche Agitationsweise (im Reichstag und in den sich so nennenden Arbeiterblättern) auf ganz das Entgegengesetzte hinwirkt.

Die hiesigen Genossen glauben nicht an einen Verrat seitens ihrer Vertreter, sehen aber in der Haltung der Majorität der Fraktion keine Gewähr für ein Vorwärtsschreiten in obigen Sinne.

Proteste, bezw. Resolutionen gegen die Fraktionsklärung sind uns noch zugegangen aus Barmen, aus Eibfeld, München und von der Hessischen Landeskonferenz.

Nachdem zunächst in dieser Nummer die Erklärung der Londoner Genossen ihren vollen Wortlaut nach zum Abdruck gelangt ist, empfehlen wir den Genossen, die an das Schreiben der Fraktion in Nr. 14 des Parteiorgans sich knüpfende Polemik nunmehr als endgültig abgeschlossen zu betrachten und, soweit es noch nicht geschehen, auf den Abdruck ihrer Einwendungen zu verzichten. Die Fraktion hat es, im Interesse des Friedens innerhalb der Partei, für gut befunden, von Gegenerklärungen abzumachen. Verschiedene, trotzdem eingelaufene Proteste, die sich namentlich gegen die Frankfurter Rundgebung richteten — aus Hannover, Offenbach, Hamburg u. s. m. — sind mit Zustimmung der Unterzeichner zurückgezogen worden. Dergleichen sehen die Genossen von Leipzig und Leipzig-Land, die sich gegen die Fraktionsklärung in Nr. 14 ausgesprochen haben, von der Veröffentlichung eines besonderen Protestes ab.

Mit Abdruck der Bebel'schen Erklärung und der Replik Frohme's dürfte auch dieser Zwischenfall erledigt sein.

Es sind eine Reihe von Stimmen, welche das Schreiben der Fraktion in Nr. 14 des Organs todtin zu müssen glauben, im Organ zum vollen Ausdruck gekommen, und Niemand kann deshalb in dem Abschließen dieser Polemik, deren Verlängerung keinen Sinn hat und dem Ansehen der Partei nicht förderlich sein würde, eine Beschränkung der freien Kritik und Meinungsäußerung erblicken.

Der Erörterung der prinzipiellen Fragen, welche im Laufe der Polemik angeregt worden oder aufgetaucht sind, steht selbstverständlich, wie auch bereits in Nr. 17 hervorgehoben, das Parteiorgan nach wie vor jederzeit offen.

Die noch nicht veröffentlichten, sowie etwa noch einkaufende Erklärungen senden wir auf Wunsch dem Fraktionsvorstand zu, womit wir die betreffenden Genossen einverstanden hoffen.

Unsere, den Protest der Königsberger Genossen betreffende Notiz in voriger Nummer berichtigen wir auf deren ausdrücklichen Wunsch dahin, daß derselbe nicht, wie dort gesagt, zurückgezogen worden ist, sondern daß die Genossen Königsbergs im Hinblick auf die Erklärung in Nr. 17 des „Sozialdemokrat“ auf seine Veröffentlichung verzichtet haben.

Wir bringen hiermit das bereits in voriger Nummer erwähnte Eingekaufte Bebel's gegen den Antritt Frohme's zum Abdruck und lassen denselben eine kurze Replik Frohme's folgen, dem der Bebel'sche Artikel der Kürze halber vor der Veröffentlichung zur Kenntnis gebracht wurde:

### Auch ein „Protest“.

Die Erklärung der Frankfurter Genossen in der Nr. 17 des „Sozialdemokrat“ gegen die Fraktion hat dem Abgeordneten Frohme Veranlassung gegeben, in einem äußerst heftigen und beleidigenden Artikel sich gegen die Absender jener Erklärung zu wenden.

Ich sehe mich veranlaßt, in dieser Angelegenheit das Wort zu nehmen, weil ich zufällig Gelegenheit hatte, mit den betreffenden Genossen unmittelbar nachdem die Besprechungen über die Erklärung erledigt waren, zu verkehren, und somit nicht bloß ein Recht, sondern die Pflicht zu haben glaube, dieselben gegen die unqualifizierbaren Angriffe Frohme's, soweit sie sich auf Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer an jener Besprechung und den unter ihnen obwaltenden Geist beziehen, in Schutz zu nehmen.

Wenn ich diese Erklärung nicht, wie Frohme es mit der seinen gethan, im „Frankfurter Journal“, sondern im „Frankfurter Postboten“ veröffentlichte, so geschieht dies, weil ich keine Zeile einem Blatte schreiben mag, das als offizielles Regierungsorgan gilt und bis dato es als seine vornehmste Pflicht erachtete, die deutsche Sozialdemokratie zu beschimpfen und in den Schmutz zu ziehen. Außerdem gehört der Austrag von Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten, wenn sie einmal nicht anders als öffentlich ausgetragen werden können, nach meiner Ansicht einzig in das Parteiorgan, wo der legitime Boden ist, auf dem volle Meinungsfreiheit herrschen muß. In deutschen Blättern können nur solche Meinungen Aufnahme finden, welche die herrschende Ge-

walt duldet und die ihr mehr oder weniger annehmbar sind.

Und nun zu dem Artikel selbst. Frohme befreit, daß die Veröffentlichung jener Frankfurter Erklärung das Recht hatten, im Namen von Hunderten von Frankfurter Genossen zu sprechen. Er sagt:

„Diese Angabe ist eben nicht wahr; die Urheber des Aufrufs haben sich damit der denkbar freivoltesten und schändlichsten Übertreibung schuldig gemacht. Das konstatire ich hiermit im Einverständnis mit all denjenigen Männern, die fähig und würdig sind, Frankfurter sozialdemokratisches Element nach außen hin zu repräsentieren. Diese Männer, alle bewährte Genossen, treue und ehrliche Kämpfer für ihre Ueberzeugung, haben mich ausdrücklich ersucht, auch in ihrem Namen mit entschiedenem Protest gegen die unerhörte Annahme einer Clique, Clique, welche, hübsch im Dunkeln verborgen, erfüllt von echt völkerrichterlichem Hochmuth, ihre vergifteten Pfeile auf diejenigen schießt, denen die Aufgabe zugefallen ist, im offenen ehrlichen Kampfe für die Prinzipien der Sozialdemokratie einzustehen. Die Clique ist klein, sehr klein; ihrer Annahme und Niedertracht — die ich an mir selbst zum öftern im reichsten Maß als „Dank“ für 15jähriges mühevolltes Wirken erfahren mußte — hält ihre Unwissenheit in sozial-politischen Dingen und ihre absolute geistige Impotenz die Waage.“

„Um den Werth dieses Verdammungsurtheils ermessen zu können, muß man wissen, wie dasselbe zu Stande gebracht worden ist. Man hat sich sehr wohl gehütet, irgend einen der überzeugungstreuen und vernünftigen Parteigenossen zu einer bezüglichen Befprechung einzuladen. Man hat vielmehr — wenn wirklich eine größere Anzahl von Personen sich an dem Beschlusse des „Aufrufs“ beteiligte — einige Duzend harmloser, unerfahrener, junger Menschen zusammengetrommelt, die von der jämmerlichen Komödie, wozu sie mißbraucht wurden, keine Ahnung hatten.“

„Nicht nur die Sozialdemokraten Frankfurts, sondern die in ganz Deutschland wendeten sich mit Entrüstung von Individuen ab, welche, um einem dummen Hochmuths- und logenannanten „revolutionären Geist“ zu genügen, den Namen der Partei entlehren, — von Menschen, die im offenen, ehrlichen Kampfe nie etwas geleistet haben und nie etwas leisten werden, desto rücksichtsloser aber, vom Schleier der Anonymität beschützt und so wenigstens für die Wäse des Publikums nicht erkennbar, das Werk der Verhöhnung und Verleumdung betreiben und dem anarquistischen Blödsinn Konfessionen machen.“

Dies sind die für mich hauptsächlich in Betracht kommenden Wäse. Jeder Leser wird zugeben, daß sie an überflüssigem Pathos, schulmeisterlicher Hochfahrenheit und beleidigendem Inhalt nichts zu wünschen übrig lassen; desto mehr setzen sie mit dem thatsächlichen Sachverhalt in Widerspruch.

Es war nicht „eine kleine, sehr kleine Clique“, welche die „unerhörte Annahme“ beschloß, „erfüllt von echt völkerrichterlichem Hochmuth ihre vergifteten Pfeile abzuschicken“, sondern es waren wohlgezählt aber neunzig Männer beisammen, die jener Erklärung zustimmten. Und diese bestanden nicht „aus einigen Duzend zusammengetrommelter harmloser unerfahrener junger Menschen“, sondern es waren bis auf ganz vereinzelte, die besten, die ältesten Parteigenossen Frankfurts zugegen, die zum Theil seit fünfzig Jahren und mehr Jahren in der Partei thätig und deren Namen zum Theil in der ganzen Partei bekannt sind. Es befanden sich ferner Männer unter ihnen, deren sozialpolitisches Wissen und deren geistige Potency hinter den gleichen Eigenschaften Frohme's nicht zurückstehen, die so gut wie Frohme für die Partei jederzeit öffentlich eingetreten sind und nach ihren besten Kräften gewirkt haben. Wenn Jemand also das Recht hatte, im Namen von Hunderten von Frankfurter Parteigenossen zu sprechen, so waren es jene Neunzig. Die „sehr kleine Clique“, von der Frohme spricht, dürfte wo anders zu suchen sein.

Diese Auffassung theilte offenbar auch die Fraktion, sonst wäre die Erklärung nicht als die Ansicht von Hunderten von Frankfurter Genossen im „Sozialdemokrat“ zum Abdruck gekommen.

Frohme sagt weiter: „Man hat sich wohl gehütet, irgend einen der überzeugungstreuen und vernünftigen Parteigenossen zu einer bezüglichen Befprechung einzuladen.“

Ich weiß nicht, wer in den Augen Frohme's zu den „überzeugungstreuen und vernünftigen Genossen“ in Frankfurt gehört, konstatiren dagegen muß ich, daß Sabot, der sozialdemokratische Vertreter Frankfurts im Reichstag, zu jener Befprechung ausdrücklich eingeladen war, sich aber wegen Unwohlseins entschuldigte.

Da ich Tags nach jener Befprechung über den Verlauf derselben an die Fraktion einen Brief schrieb, hat Frohme nicht einmal die Entschuldigung für sich, daß er das Alles nicht gewußt habe.

Frohme wußte, als er den jütteren Artikel im „Frankf. Journal“ veröffentlichte, alle Vorgänge so genau wie ich, und darnach mag jeder Parteigenosse ermessen, welche Charaktereigenschaft dazu gehört, einen solchen Artikel in einem der Partei grimmig feindseligen Blatte zu veröffentlichen.

Ich bin nicht in der Lage, die Frankfurter Erklärung in allen Punkten billigen zu können; überdies richtet sich dieselbe nicht etwa besonders gegen Frohme, wie Jeder weiß, der sie gelesen hat, sie richtet sich vielmehr gegen die gesamte Fraktion, also auch gegen mich; und so hatte auch Frohme von diesem Standpunkt aus keine Veranlassung, seinen besonderen Protest zu veröffentlichen. Konstatiren aber will ich der Wahrheit gemäß, daß die bei jener Befprechung Anwesenden vom besten Geiste besetzt waren, und es keinem derselben in den Sinn kam, die Partei schädigen zu wollen. Alle handelten in dem Glauben, eine Pflicht gegen die Partei zu erfüllen.“

War aber in jener Frankfurter Erklärung ein Verstoß gegen die Parteigrundsätze enthalten, wie man nach dem Frohme'schen Artikel und nach einem gleichzeitig von Berlin ausgehenden Elaborat, das die Kunde durch einen Theil der in Deutschland erscheinenden Arbeiterblätter macht, glauben sollte, warum haben denn die seitens der Fraktion nach Jütlich gefandenen Abgeordneten die Erklärung der Frankfurter wörtlich abgedruckt lassen, während andere Erklärungen nur auszugsweise mitgetheilt wurden?

Nach der Rundgebung der Fraktion und Redaktion, welche unmittelbar hinter der Erklärung der Frankfurter Genossen in Nr. 17 des „Sozialdemokrat“ veröffentlicht wurde, durfte jeder Parteimann erwarten, daß damit der Streit begraben sei. Da fällt es Herrn Frohme ein, in einem parteifeindlichen Blatt noch seine besondere Rolle spielen zu wollen und auf eigene Faust seinen „Protest“ zu veröffentlichen.

Wenn etwas gerügt wäre, in die Partei eine Spaltung zu treiben, dann sind es Veröffentlichungen wie jener Artikel von Frohme und jener andere aus Berlin kommende Artikel, der so bereitwillig in einem Theil der in Deutschland erscheinenden Arbeiterblätter Aufnahme fand und bestimmt war, durch höchst einseitige Darstellung die jene Blätter lesenden Parteigenossen gegen die Frankfurter Genossen und die übrigen Protestler einzunehmen.

Kürnberg, den 8. Mai 1885.

A. Bebel.

\*) Die Frankfurter Genossen werden auch als „Anarquist“ gebrandmarkt. Das ist bei einem Theil von uns ein Schimpfwort geworden, mit dem man alle jene regalist, die ein schärferes Wort gegen Personen und Zustände gebrauchen, als das von einzelnen deutschen Arbeiterblättern selbige Normalmaß der Kritik zuläßt. Das Wort „Anarquist“ muß heute bei dem wohlgezogenen „Arbeiterpartei“ — die Bezeichnung Sozialdemokrat wird möglichst vermieden — ungesähr denselben Abgleich und dieselbe Sänfschau erzeugen, wie wenn dem Bourgeois gesagt wird: Der und Der ist ein Sozialdemokrat! — Wir sind wahrlich recht „vor-geschritten“.

A. B.

Replik.

In seiner Erklärung vom 8. d. M. macht mir Genosse Bebel einen Vorwurf daraus, daß ich meine Erklärung gegen die bekannte Frankfurter Manifestation im „Frankfurter Journal“ — „einem offiziellen Regierungsorgan“ — veröffentlicht habe. Thatsache ist, daß ich, da ich selbst wieder nach Berlin abzureisen genöthigt war, meine Erklärung durch einen Genossen dem demokratischen „Frankfurter Beobachter“ zu stellen ließ. Erst als sowohl dieses Blatt, wie auch die „Frankfurter Zeitung“ den vollinhaltlichen Abdruck verweigert hatte, entschloß ich meine Freunde sich, ohne mich vorher zu benachrichtigen, die Veröffentlichung im „Frankfurter Journal“ zu bewerkstelligen. Diese Veröffentlichung beruht also nicht auf meinem Entschlusse.

Bebel wird hiernach einsehen, daß er mir Unrecht gethan hat, —

ebenso wie ich ihm Unrecht thun würde, wenn ich ihm einen Vorwurf daraus machen wollte, daß er mitunter Erklärungen im „Leipziger Tageblatt“ veröffentlicht, einem Blatt, das in Seriosität und Schimpfung der Arbeiterpartei gewiß nicht hinter dem „Frankf. Journal“ zurücksteht.

Das Bebel über und gegen meine Erklärung sagt, will ich hier unberührt lassen, denn es liegt nicht in meiner Absicht, dazu beizutragen, daß die Polemik fortgesetzt werde.

Nur eine Bemerkung Bebel's muß ich berichtigen: er meint, die nach Jütlich gefandenen Fraktionsmitglieder hätten, indem sie den unerkündeten Abdruck der Frankfurter Erklärung anordneten, in gewissem Maße die Billigung des Inhalts derselben ausgedrückt. Ein genaues Durchsehen der Rundgebung von Fraktion und Redaktion in Nr. 17 d. Bl. wird den Genossen Bebel von seinem Irrthum überzeugen.

Berlin, 15. Mai 1885.

Karl Frohme.

### Aufruf.

Am Freitag, den 8. Mai, verschied unser treuer Genosse Karl Kallmann.

Er war einer von den wenigen persönlichen Freunden und Genossen Johann Jacoby's, welche den Lehren der Sozialdemokratie treu geblieben sind — im Gegensatz zu jenen Halben, welche die große Berechnung für diesen großen Volksmann heuchelten, beim ersten Anzeichen der Reaktion im Jahre 1878, auseinanderliefen und heute der Sozialdemokratie als Gleichgültige oder gar als Gegner gegenüberstehen.

Darum Ehre seinem Andenken!

Die Königsberger Sozialdemokraten.

Wiederum hat uns der Tod einen treuen Genossen entzogen. 18. April verstarb nach 16-wöchentlicher Krankheit an der Rippenentzündung im Alter von 26 Jahren Genosse

R. S. Schuch, Korbmacher,

im hiesigen Stadtkrankenhaus.

Ehre seinem Andenken!  
Dresden, im April 1885.

Die Genossen von Dresden und Umgebungen.

### Aufforderung.

Wir ersuchen den Schneider Ernst John, zuletzt in Gitter bei Dresden wohnhaft, und den Wölbepolier Clemens Wüst, aus Lieberbach bei Dresden, jetzt in Berlin, ihren Wahl im 6. sächsischen Wahlkreise nachzukommen.

Die Beauftragten.

### Briefkasten.

der Redaktion: Dessau, Dortmund: In nächster Nr. St. in Billingen: Die „Landeszeitung“ hat jedenfalls, sei es durch Unachtsamkeit oder Bosheit, geflunkert, wenn sie Herrn Schw. so läßt, jede Arbeit, welche nicht absolut zum Leben notwendig ist, verwerflich. Eine solche Unachtsamkeit kann der Mann gar nicht haben. Weit entfernt, solche blöde Grundzüge aufzustellen, fordert Sozialismus ja gerade deshalb eine bessere Organisation der Gesellschaft und insbesondere der Produktion, damit die Arbeit für „absolut Nothwendige“ möglichst reduziert und immer mehr Zeit für „Schöne und Angenehme“ gewonnen werde. Der Sozialismus also nichts weniger wie kampfheilig, sondern will im Gegentheil Kunst und den Kunstgenuss verallgemeinern.

der Expedition: P. Gen. Lübeck: Nr. 30 — pr. Uds. d. b. — Dreifuß: Nr. 10320 Abon. 2. Qu. u. Schft. Nr. 20 10 Gahrge. gutgeb. Hf. Weiteres. — Lustige Brüder 1/21: Nr. 24 Nr. 2. Qu. erh. Weiteres besorgt. — Dncel: Nr. 14 40 Schft. Ref. — Gefragtes Buch ist kleiner Schwindel. — Bürger Sachtmuth: Nr. 30 pr. Ab. Nr. 1. Schft. erh. Weiteres am 5/5 Hf. — Stb.: Nr. 40 f. Schft. erh. Nr. 1 25 pr. 15. März nachträgl. gutgeb. Vermehren auf dem Coupon künftig die Marks, wir können hier dortigen Verlust nicht raufen. Alles fort außer Wink. Ab. notirt. — Groß und Begau: Nr. 11 — pr. Uds. d. b. verna. — Der Alte G.: Nr. 24 Nr. bis Ende Juni erh. Ab. notirt. Bitten, künftig früher signalisiren. — W. Abf. B.: Nr. 11 65 f. Schft. erh. Remitt. gutgeb. — G. W. A.: Nr. 5 — Ab. 1. u. 2. Qu. u. Porto erh. — Nova: Nr. 17 Nr. 1. Qu., 2. f., Schft. 2. Qu. erh. Hf. Schft. notirt. Alles ab. — Calenberg: Einverstand. Uds. 4 20 f. Schft. erh. Hf. Weiteres. — J. G. Montreux: Nr. 5 — für 2 Bdr. erh. Sendung am 16. sofort ab. — Unverbeßlicher: Nr. 50 — à Cto. Nr. 1. Qu. Ab. geordnet. Nr. 2 — à Cto. f. gutgeb. Waren irrtümlich andere Namen abgetragen. Weiteres wohlbekannt. Größl. — S. St. Nr. 15 30 pr. Rückflg. haar u. Nr. 24 70 pr. Größl. erh. — J. Nr. 310 — à Cto. Nr. 1. Qu., Schft. und alter Rest Nr. 3. Hf. Weiteres. — S. St. Uds. Nr. 20 — f. Schft. erh. Edg. ab. Nr. 30 — à Cto. Nr. 1. Qu., Schft. erh. Hf. Schft. erh. — Hf. Nr. 11 1884. — J. Sch. Kf. Nr. 3 — Ab. bis Ende Okt. erh. — K. B. K.: Nr. 1 20 für 6 Expl. „S. D.“ erh. — Der Rathe: Nr. 38 — Ab. 2. Qu. u. Abdr. erh. Hf. am 19/5. Weiteres. — Rother Generalstab von Gotha: Nr. 20 — pr. Uds. d. b. erh. Dr. G. A. R.: Nr. — 40 f. Schft. erh. Möglig, daß wir betr. Buches irren. — Kopenhagen: Nr. 28 — erh. Bf. erwartet. — R. Role: 80 Hf. für Straßporto, Schft. u. Porto erh. Wir müß. Pränumeration für Einspänner erbitten. Weiteres kann gefehen, so wie wir vergewissert haben, daß Sie eine Rolle von echtem „Duf“ sind. — London G. A. B. B.: „Daniel in der Löwengrube“ seit Joh. fast geräumt, wie ausdrücklich auf der Rota berichtet. Rückflg. Beilage erh. Marken aber nirgends zu entdecken. Hf. folgt. Weiteres besorgt. — Paul Sp.: Hf. erh. Ab. geordnet. Koivistes hat Verpfl. — Schnüring: Richtig. erh. Dank! „Das hab' ich nicht“ — aber „W“ und die Propheten? — G. W. B. Bern: Nr. 2 — Ab. 2. Qu. — Otto Vorm. Zammerthal: Nr. 126 80 à Cto. Nr. 1. Qu. erh. Hf. warzel. — Amsterd.: 20 f. Hf. (Nr. 41 40) pr. Schft. d. R. c. gebt. Alles notirt. Hf. fort. Archivatg. demüthigst. Gruß sehr widert.

Wir empfehlen zum Massenbezug:

### Passalle: Indirekte Steuern.

Preis: 100 Expl. Nr. 25 — (Fr. 31 25).  
Von 500 Expl. an je 100 Expl. Nr. 20 — Fr. 25 —

Die Genossen können durch Verbreitung dieser Schrift am besten machen, wie groß der Raub ist, den die schutzländerische Majorität Reichstags durch Erhöhung der Zölle (soeben am deutschen Volk) gehen hat.

Volkbuchhandlung und Expedition des „Soz.“  
Höttingen-Zürich.

### Sozialistische Arbeiterpartei Amerika. Section New-York.

Sitzung des Centralkomites jeden Freitag Abends 8 in Lincoln Hall, 2de Allen und Houston Street.  
Jeden Samstag finden Versammlungen Nat. Röhrens „New-Yorker Volkzeitung“, besonders Freitags und Samstags.

Schweizerische Genossenschaftsdruckerei in Höttingen-Zürich.